



GÖTTINGER BLÄTTER

01.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Nachbarschaftszentrum Holtenser Berg – bald startklar?

Zur Zeit sieht es ganz danach aus, als könnte etwa im Mai das neue Nachbarschaftszentrum Holtenser Berg seine Türen öffnen. Nachbarschaftszentren gibt es in Göttingen bereits in Grone-Süd und auf dem Leineberg. Diese bieten Möglichkeiten für Begegnungen im Stadtteil, Beratungsangebote, Bildungsangebote wie Sprach- oder Computerkurse sowie Nachbarschaftshilfen an.

Ähnlich wie die beiden genannten Stadtteile ist der 4000 Einwohner zählende im Norden Göttingens gelegene Stadtteil Holtenser Berg multikulturell geprägt mit vielen Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion und Polen, aber auch einen überdurchschnittlichen Anteil von arabischstämmigen Menschen. Hier befinden sich viele der Göttinger Sozialwohnungen. Beim Wohnungsbestand dominieren die Städtische Wohnungsbau und die beiden Wohnungsgenossenschaften. Eigentumswohnungen machen dagegen nur einen kleinen Teil aus. Demzufolge gibt es hier überdurchschnittlich viele Kinder und Menschen, die von Transfer-einkommen leben. Es existiert eine Infrastruktur mit kleinen Läden, Kiosk, Ärzten und Apotheke sowie Café und Kneipe. Für Kinder gibt es zahlreiche Spielplätze, zwei Tagesstätten und Kinderhäuser.

Obwohl der Stadtteil wesentlich größer ist als beispielsweise das benachbarte Holtensen gibt es nicht wie dort eine eigene Vereinsstruktur. Es gibt lediglich die Sportgemeinschaft Grün-Weiß Hagenberg, die aber die gesamte Weststadt abdeckt. Nur auf den Holtenser Berg bezogen ist die Evangelische Bethlehemgemeinde.

Die Forderung nach einem Nachbarschaftszentrum war bereits im Oberbürgermeister-Wahlkampf im Frühjahr 2014

thematisiert worden und auch von der Göttinger Linken unterstützt worden. Der damalige OB-Kandidat Eckhard Fascher, der selbst am Holtenser Berg wohnhaft ist, ist an der Initiative zur Gründung des Nachbarschaftszentrums beteiligt.

Mittlerweile hat die Bethlehem-Gemeinde erklärt, ihre neben der Ladenzeile gelegenen Räumlichkeiten für ein Nachbarschaftszentrum zur Verfügung zu stellen. Auch die Städtische Wohnungsbau will ihr Büro dort einrichten. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt gibt es dort unter dem Dach der Bethlehemgemeinde einzelne Beratungsangebote und Sprachkurse. Die Göttinger Tafel ist zweimal die Woche dort präsent.

Mittlerweile sind Baugelder beantragt. Wenn diese im Januar bewilligt werden, könnte im März der Umbau der Räume der Kirchengemeinde beginnen. Langfristig soll das Projekt durch einen Förderverein getragen werden. Zur Zeit leistet der Nachbarschaftsverein Leineberg organisatorische Unterstützung und Starthilfe. Koordinator ist der Pfarrer der Bethlehemgemeinde Eric Janssen.

Bisher haben zwei Planungstreffen am 5. Oktober und am 26. November stattgefunden, die jeweils von 50-60 Anwohnern bzw. im Holtenser Berg tätigen Menschen besucht wurden. Hier zeichnen sich folgende Schwerpunkte ab:

- Es soll kulturelle Angebote wie Konzerte, Lesungen und Ausstellungen sowie Workshops und Instrumentalkurse geben.
- Im Bereich Sozial- und Rechtsberatung sind neben der Kirchengemeinde auch die Diakonie Kästorf aktiv. Hier geht es daher vor allem um den Ausbau der bisherigen Beratungsan-

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

| | |
|--------------------------|----|
| Holtenser Berg | 1 |
| VVN | 2 |
| FG Cuba | 3 |
| DKP | 4 |
| GöLinke | 5 |
| DIE LINKE. Termine | 6 |
| DIE LINKE. Kreistagsinfo | 7 |
| DIE LINKE. Kreisverband | 8 |
| DIE LINKE. Kreisverband | 9 |
| Grobian | 10 |
| GöLinke | 11 |
| Göttingen Gesamtschulen | 12 |

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2016
ist der 16. Januar.
Auslieferung am 22. Januar.

gebote. Gefordert werden Übersetzungshilfen, Hilfe bei Behörden, Familienberatung oder Beratung in schwierigen Situationen.

- Auch eine klassische Nachbarschaftshilfe mit Krankenbesuchen und Einkaufshilfen bis hin zur Kinderbetreuung, Renovierungshilfen und der Gründung eines Reparaturcafés soll aufgebaut werden.
- Wichtig war den Teilnehmenden auch die Begegnungsmöglichkeiten zu verstärken. Unter dem Stichwort „Geselligkeit“ gibt es Pläne für Feste und Feiern, Spieleabende, einen Mittagstisch und gemeinsame Koch- und Backaktionen.

Nächstes Planungstreffen ist am 25. Januar, voraussichtlich um 19.30 Uhr in der Bethlehemgemeinde. Dann wird auch bekannt sein, ob die Fördergelder für den Umbau des Gemeindezentrums bewilligt worden sind.



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► „Das Prinzip der Standhaftigkeit“ – der Göttinger Rechtsanwalt Walter Proskauer (1890-1943)

Sonntag, 10.01.2016, 15.30 Uhr
Gemeindesaal St. Michael, Kurze Straße 13

Vortrag von Dr. Cordula Tollmien
Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.

Walter Proskauer, der in den Zwanziger Jahren Vorsitzender des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens war und als Rechtsanwalt auch für die Rote Hilfe arbeitete, verteidigte jüdische Bürger gegen Angriffe von Nationalsozialisten. Darüber hinaus versuchte er sich, mit

allen ihm zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln dem organisierten Antisemitismus entgegenzustellen. Dabei schreckte er auch vor einer direkten Konfrontation mit führenden Nationalsozialisten nicht zurück. Proskauer, der der einzige unter seinen jüdischen wie nichtjüdischen Kollegen war, der in Göttingen derart offen für die Rechte von Jüdinnen und Juden eintrat, steht daher für einen damals keineswegs gefahrlosen Mut zur Rechtsstaatlichkeit. In diesem Vortrag soll versucht werden, sein Leben und Wirken zusammenhängend zu würdigen.

► Die Gingolds. Eine kommunistische Familie im antifaschistischen Widerstand

Dienstag, 19.01.2016, 19.30 Uhr
**ver.di (2. Stock, Großer Saal), Groner-Tor
Straße 32**

Lesung und Gespräch mit Silvia Gingold und Alice Czyborra, Töchter der bekannten Antifaschisten Etty und Peter Gingold
Veranstalter: VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen und das Bildungswerk ver.di

Peter und Etty Gingold (geb. Stein-Haller) kamen aus jüdischen Familien, die 1933 vor den Nazis nach Paris geflohen waren. Dort lebten sie als Flüchtlinge unter sehr unsicheren ökonomischen Verhältnissen. Peter und Etty fanden beide schnell den Weg in die kommunistische Jugendbewegung und zur Freien Deutschen Jugend, in der sich deutschsprachige Hitlergegner für

die gemeinsame antifaschistische Arbeit zusammenfanden. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Frankreich im Mai 1940 wirkten beide aktiv in der illegalen Französischen Kommunistischen Partei und in der Résistance mit.

Ihre Töchter Silvia Gingold und Alice Czyborra, werden über die eigene Familiengeschichte erzählen, über die Widerstandstätigkeit ihrer Eltern, über die Verfolgung ihrer Familie während des Faschismus und über die neuerliche Diskriminierung und politische Verfolgung in Westdeutschland, wohin ihre Eltern 1946 gezogen waren

► Widerstand und Selbstbehauptung in Göttingen von 1933 bis 1945 – der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK)

Donnerstag, 21.01.2016, 19.30 Uhr
Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7

Vortrag von Dr. Rainer Driever, Göttingen

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen e.V. in Kooperation mit dem Buchladen Rote Straße
Der 1925 in Göttingen ins Leben gerufene

ISK hatte bis Ende 1931 seine Bundeszentrale in der Stadt. Seine im Vergleich zu anderen Organisationen wenigen Mitglieder entwickelten einen überproportionalen Einfluss auf das Göttinger linke politische Milieu. Als einzige politische Kraft bereitete sich der Kampfbund früh auf die Illegalität vor. Der Vortrag stellt den Widerstand des ISK vor und zeichnet seinen Weg im Nationalsozialismus nach.

Gedenkveranstaltung:

► Dem Überleben einen Sinn geben

Mittwoch, 27. Januar 2016, 19 Uhr
Altes Rathaus

Vortrag und Zeitzeugengespräch zum Holocaustgedenktag mit Bert Woudstra aus Enschede, Niederlande
Einführung und Moderation: Dr. Dietmar Sedlaczek
Musikalische Begleitung: Karsten Heckhausen (Cello) und Beate Quaas (Klavier)

Veranstaltet vom Bündnis zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus — 27. Januar

„Es gibt beinahe keinen Tag in meinem Leben, an dem ich nicht an diese Zeit zurückdenke.“ Der 1932 geborene Bert Woudstra erlebte als Jugendlicher in den Niederlanden die Judenverfolgung der deutschen Besatzer. Er überlebte, weil ihn Freunde, aber auch fremde Menschen drei Jahre

lang versteckten. Viele Familienangehörige hingegen wurden Opfer des Holocaust und starben in deutschen Konzentrationslagern. Von 53 Familienangehörigen haben 29 überlebt. Nach dem Krieg engagierte sich Bert Woudstra in zahlreichen sozialen und politischen Einrichtungen seiner Heimatstadt, etwa als Vorsitzender der Stiftung Synagoge Enschede, die als schönste Synagoge Westeuropas gilt. Die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen ist für Bert Woudstra zu einer Lebensaufgabe geworden. Seine Botschaft ist das Eintreten für Humanität und Menschenrechte — dort wo sie heute verletzt werden.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 05. Januar

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Kuba und EU nähern sich an

Verhandlungen zu Zusammenarbeitsabkommen auf der Zielgeraden

Die Verhandlungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba gehen in die Zielgerade. Nach der sechsten Gesprächsrunde teilte das kubanische Außenministerium am Donnerstag mit, dass beim zweitägigen Treffen am Dienstag und Mittwoch in Brüssel über die meisten Punkte Einigung erzielt wurde. Der faktisch ohnehin bedeutungslos gewordene »Gemeinsame Standpunkt« aus dem Jahr 1996 ist offenbar endgültig vom Tisch. Doch während die EU und Kuba sich annähern, führten bilaterale Gespräche über das Thema Migration am Montag in Washington zu keinem Ergebnis. Die USA wollen auch weiterhin die Auswanderung kubanischer Spezialisten fördern. Kuba kündigte daraufhin Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung an, die am kommenden Montag in Kraft treten.

Bewegung gab es dagegen in Brüssel. Wie die Nachrichtenagentur AFP unter Berufung auf einen Informanten »aus dem Umfeld der europäischen Verhandlungskommission« berichtete, vertritt die EU nicht länger ihre frühere Forderung nach einem »Reformprogramm für Kuba«. Zur Begründung wird die gleiche Quelle mit der Aussage zitiert: »Die EU und Kuba haben unterschiedliche wirtschaftliche, politische und soziale Vorstellungen.« Deshalb hätten die Europäer nicht vor, Aussagen über politische Systeme oder eine Forderung nach »Reformen« in dem angestrebten Abkommen zu verankern. Das ist eine Kehrtwendung der EU um 180 Grad und ein Erfolg für Havanna. Der »Gemeinsame Standpunkt«, der vor knapp

20 Jahren auf Druck des rechtskonservativen spanischen Ministerpräsidenten José María Aznar beschlossen worden war und formal noch immer in Kraft ist, macht einen Systemwechsel auf der sozialistischen Karibikinsel zur Bedingung für normale Beziehungen. Kuba ist deshalb das einzige Land Lateinamerikas, mit dem die EU bisher kein Kooperationsabkommen abgeschlossen hat.

Ziel der im April 2014 aufgenommenen Gespräche ist deshalb eine »Vereinbarung für politischen Dialog und Zusammenarbeit«, die den Beschluss von 1996 auch formal ablösen soll. Wie die Leiter der Verhandlungsdelegationen, der Amerika-Chef des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Christian Leffler, und der stellvertretende kubanische Außenminister Abelardo Moreno mitteilten, soll diese Vereinbarung aus drei Teilen bestehen, die konkrete Regelungen in den Bereichen Handel, Zusammenarbeit und politischer Dialog umfassen. Nach Mitteilung des kubanischen Außenministeriums wurde über das Kapitel zum Handel jetzt in Brüssel eine Einigung erzielt. Der Abschnitt zur Zusammenarbeit stehe ebenfalls kurz vor dem Abschluss. In dem als »politischer Dialog« bezeichneten dritten Bereich habe es zwar Fortschritte gegeben, doch bestünden hier nach wie vor unterschiedliche Positionen, die Gegenstand der nächsten Gesprächsrunde seien. In diesem Abschnitt will die Europäische Union unter anderem Regelungen zu Bürgerrechten und zur »Stärkung der Zivilgesellschaft« in Kuba vereinbaren. Havanna besteht dagegen auch auf Themen wie Arbeitsbedingungen, soziale Gerechtigkeit,

Gleichberechtigung, Verbraucherschutz sowie das Recht aller Bürger auf Erziehung, Gesundheitsversorgung und Teilhabe am kulturellen Leben. Beide Seiten bekräftigten ihre Absicht, das Abkommen, das »eine neue Etappe der bilateralen Beziehungen« markiere, so »schnell wie möglich« unter Dach und Fach zu bekommen. Beobachter halten einen Abschluss im ersten Halbjahr 2016 für möglich. Die nächste und siebte Verhandlungsrunde soll in den ersten Monaten des neuen Jahres in Havanna stattfinden.

Keine Einigung erzielten dagegen die Vertreter Kubas und der USA am Montag in Washington bei ihren Gesprächen zum Thema Migration. Havanna wirft der US-Regierung vor, durch den »Cuban Adjustment Act« (CAA) die Ausreise kubanischer Bürger zu fördern und damit die aktuelle Migrationskrise in Lateinamerika verursacht zu haben. Dieses Gesetz garantiert Kubanern – im Gegensatz zu anderen Migranten – auch nach »illegaler« Einreise ein Aufenthaltsrecht auf Lebenszeit sowie zahlreiche weitere Privilegien. Sowohl der CAA als auch das US-Programm »Cuban Medical Professional Parole« (CMPP), mit dem medizinische Fachkräfte bei Auslandseinsätzen abgeworben werden, verstießen gegen geltende Verträge. Trotz einhelliger Kritik in der Region erklärte Washington jedoch, weder den »Cuban Adjustment Act«, noch das Programm zur Abwerbung von Ärzten aufzugeben. Die kubanische Regierung kündigte daraufhin am Dienstag Maßnahmen an, um »unserem Volk einen effizienten Gesundheitsdienst von hoher Qualität zu garantieren«. Von kommendem Montag an, muss »medizinisches Personal verschiedener Fachrichtungen« Auslandsreisen bei der jeweiligen Arbeitsstelle anmelden und genehmigen lassen.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

▶ Göttinger Mieten um 5% gestiegen

Die Mieten in Göttingen sind von 2014 auf 2015 um 5% gestiegen. Damit bleibt Göttingen ein teures Pflaster. Die Durchschnittsmiete von 9,32 Euro/m² wird in Niedersachsen nur von Hannover getoppt – um 3 Cent. Eine Arbeitsgruppe im Geographischen Institut der Uni Göttingen hat ihre Untersuchung der Mietpreissteigerung in Göttingen aus dem letzten Jahr fortgesetzt. Von 2013 auf 2014 waren die Mieten um 10% gestiegen. Demnach hat sich die Steigerungsrate verlangsamt, „die Dynamik hält aber weiter an“.

verlangt. Dies sind, neben der Innenstadt, die beliebtesten Wohnquartiere der Studierenden und die Vermieter machen sich die starke Fluktuation (bei jeder Neuvermietung wird der Preis erhöht) und den knappen Wohnraum zunutze. Eine Umfrage des Geographischen Instituts zeigte, dass Studierende in Göttingen durchschnittlich 45% ihres verfügbaren Einkommens für's Wohnen ausgeben. Zum Vergleich: die privaten Haushalte in Deutschland wenden durchschnittlich 27,3% auf.

Die höchsten Mietsteigerungen wurden in Grone (ca. 12%) und Geismar (ca. 6 %) beobachtet. In Grone hat die „Westgrund Niedersachsen Süd GmbH“ 1139 Wohnungen aufgekauft. Das Geographische Institut spricht hier von einer „aufholenden Entwicklung“ der Mietpreise zum Göttinger Durchschnitt. Die höchsten Mieten werden weiterhin der Nordstadt (12,05 Euro/m²) und in Weende (10,02 Euro/m²)

Zum Weiterlesen: **Aufsatz zum Göttinger Wohnungsmarkt von Dipl. Geogr. Michael Mießner, Uni Göttingen:** <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/167>- Broschüre: »Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage« *Wohnungs- und mietenpolitische Konferenz der DKP. Bestellbar auf uzshop.de*

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 05. Januar, 20:00 Uhr
Manipulationstheorie

MV Dienstag, 19. Januar, 20:00 Uhr
Arbeitsplan der DKP Göttingen

▶ Antirassistische Liste für Göttingen



Die „Nein zum Heim“-Initiativen schießen förmlich aus dem Boden, der braune Mob versammelt sich vielerorts vor Geflüchtetenunterkünften und es finden nächtliche Brandanschläge auf von Refugees bewohnte Wohnhäuser statt. Auch die unmittelbare Umgebung Göttingens bleibt von diesen menschenverachtenden Ausschreitungen nicht verschont: In Adelebsen wurden vor einer Unterkunft Nazi-Parolen gerufen, in Witzenhausen wurden Geflüchtete auf einem Stadtfest von mutmaßlichen Neonazis angegriffen. In Bischhagen wurde eine geplante Unterkunft durch einen Brandanschlag unbewohnbar gemacht. Es lässt sich ganz klar beobachten: Nazis und rechts gesinnte Bürger*innen werden immer aggressiver.

Aus diesem Grund haben göttinger Antifaschisten eine Alarm-Liste, die bei rassistische Übergriffe zur Aktion aufruf. Dazu sende eine Mail mit deiner Handynummer – gerne auch verschlüsselt an: alarmliste_goe@autistici.org

Mehr Infos unter: <http://alarmlistegoe.noblogs.org>

▶ Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin



Mittlerweile ist es schon gute Tradition: Am Vortag der großen LLL-Demonstration findet in der Urania in Berlin (U Wittenbergplatz) die Rosa-Luxemburg-Konferenz der Zeitung Junge Welt statt.

Das empfehlenswerte Programm der Konferenz, die heuer unter dem Motto „Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun: Selber tun!“ steht, läßt sich leicht im Internet (www.rosa-luxemburg-konferenz.de) nachlesen, hier sei nur auf den Vortrag und die Beteiligung an der Podiumsdiskussion von Esther Bejerano hingewiesen.

Die DKP liefert dort auch ihren Beitrag: Neben dem „Cafe K“, welches knapp unterm Dach Erfrischungen, Programm und Begegnungsmöglichkeiten anbietet, ist ab 20:00 Uhr das LLL-Treffen mit Reden des jüngst wieder gewählten Vorsitzenden Patrik Köbele und des griechischen Gewerkschaftsvertreters Dimos Koubouris vom Exekutivkomitee der PAME.

Es ist empfehlenswert, die Karten vorher zu bestellen, bis auf einen kleinen Anteil Restkarten für die Frühkasse ist die Konferenz nach unserer Erfahrung schnell ausgebucht, der Eintritt beträgt 23 Euro (ermäßigt 18 Euro).

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

Einladung zur

2. Kommunalpolitischen Konferenz

Samstag, den 30 Januar 11.00 – 16.00 Uhr

Ausbildungsrestaurant „Schaltwerk“

Lange Geismarstr. 72 – 73

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Informationen und Diskussion zur Verselbständigung der Ratsfraktion
3. Berichte von Mandatsträgern aus dem Landkreis
4. Beiträge zu den Themenbereichen Gender/Frauen und Jugend
5. Erste Informationen aus den Arbeitsgruppen zum Wahlprogramm
6. Festlegung einer Redaktionskommission
6. Vereinbarungen zum weiteren Vorgehen, Zeitschiene
7. Verschiedenes / Schlusswort

Presseerklärung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke:

► Das merkwürdige Demokratieverständnis dreier Ratsmitglieder

Aufgestellt wurden sie von den Mitgliedern der Göttinger Linken. Gewählt wurden sie von den Bürgerinnen und Bürgern als Vertreter der WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke. Aber das zählt nicht mehr, wenn es um den Erhalt ihrer Mandate geht. Es gab und gibt Mandatsträger, die ihr Mandat an die zurückgeben, die sie aufgestellt haben, wenn sie sich nicht mehr im Einklang mit den Inhalten und Positionen derer befinden, die sie aufgestellt haben. Es soll auch Politiker geben, die, wenn ihnen von der Mehrheit ihrer Basis das Vertrauen entzogen wird, ihr Mandat zur Verfügung stellen. Es gibt allerdings auch Personen, die derart an ihren Pöstchen kleben, dass sie alles über Bord werfen, was sie in der Vergangenheit an basisdemokratischen Schwüren geleistet haben.

Die WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke verurteilt die Missachtung demokratischer Gepflogenheiten durch die Ratsmitglieder Patrick Humke, Torsten Wucherpennig und Civar Akad. Alle drei wurden von der WählerInnen-gemein-

schaft Göttinger Linke zur Kommunalwahl aufgestellt, der sie ihren Sitz im Rat verdanken.

Mit ihrem Schritt, die WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke zu verlassen, ihre Mandate aber zu behalten, desavouieren sich die drei Ratsmitglieder selbst. Für sie zählen anscheinend sowohl in Mitgliederversammlungen der Göttinger Linken als auch im Kreisverband der Partei DIE LINKE demokratisch gefällte Beschlüsse nicht mehr. Schon seit Monaten entziehen sie sich einer kritischen Aussprache und Auseinandersetzung, indem sie zu Mitgliederversammlungen erst gar nicht erscheinen. Fast schon belustigend klingt das Gejammer über mangelnde Unterstützung durch die Basis. An den seit Beginn der Ratsperiode regelmäßig monatlich stattfindenden kommunalpolitischen Arbeitskreisen, an denen sich immer etliche Mitglieder beteiligen, haben die Fraktionsmitglieder faktisch nie teilgenommen. Stattdessen fassen sie ihren Beschluss, die WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke zu

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Der KomPolAK muß neu organisiert werden, da der bisherige Zugang zu den Räumlichkeiten durch die Ratsfraktion gewährleistet wurde.

Daher findet im Januar keine Sitzung des KomPolAK statt.

verlassen in geheimer Sitzung, indem sie explizit die sonst mitgliederoffene Fraktionssitzung als geschlossene und geheime Veranstaltung deklarieren. Somit wurde u.a. die Vertreterin des SprecherInnenkreises der WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke, die sonst regelmäßig an den Fraktionssitzungen teilnimmt, ausgeschlossen. Ein merkwürdiges Demokratieverständnis und eine Verkehrung der nach Außen propagierten Grundsätze von Transparenz und linkem Verhalten. Wenn das GT titelt: „Göttinger Linke im Rat brechen mit Basis“, so ist das etwas missverständlich. Die drei Ratsmitglieder und insbesondere Patrick Humke hatten schon seit einiger Zeit kaum eine Basis mehr, sowohl in der WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke als auch in der Partei DIE LINKE.

Insofern mag der Bruch folgerichtig sein, das Beharren auf ihren Mandaten allerdings dürfte Ausdruck persönlicher Verblendung sein. Mandate sind kein persönliches Eigentum, sondern werden einem von den Mitgliedern anvertraut und von den BürgerInnen auf Zeit verliehen.

Der Versuch durch die Umbenennung der Ratsfraktion als „Antifa Linke“ zu suggerieren, dass in der Abgrenzung gegen Rechtsradikale und Faschisten der entscheidende Unterschied zur WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke läge, ist geradezu infam.

(... Weiter auf Seite 11)

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Mittwoch, 3. Februar, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, Göttingen

Tagesordnungsvorschlag:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Anträge
3. Berichte aus der Kommunalpolitik und den Ortsverbänden
- 3 a. Bericht über die 2. Kommunalpolitische Konferenz
- 3 b. Neuigkeiten zur ehemaligen Ratsfraktion
4. Vorbereitung des Landesparteitags
5. Termine/ Verschiedenes

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des SprecherInnenrates

Montag, 25. Januar 19.00 Uhr, im Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Str. 2

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Mandatsprüfung, Beschluss der Tagesordnung, Protokoll, Moderation
2. Rechenschaftsbericht der OV-Sprecher
3. **Neuwahl der OV-Sprecher_innen**
 - Wahl einer Wahl- und Zählkommission
 - Festlegung der Größe des Sprecher_innen_rates
 - Wahl der Liste zur Mindestquotierung
 - Wahl der gemischten Liste
4. Weitere Arbeit des OV
5. Termine/ Verschiedenes

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Mittwoch, 13. Januar, 19.00 Uhr, Alevitischer Kulturverein, Hauptstraße 6, Herzberg

OV Hann Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 7. Januar, 19.00 Uhr in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“ Siebenturmstr. 9, Hann. Münden
Thema u.a.: Sondierung Listenaufstellung für die Kommunalwahl

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mögliche Termine bei Uli Maschke (Adressenspalte) erfragen

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 12. Januar, 19.30 Uhr in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeden **Donnerstag 19 Uhr**, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

Arbeitskreise:

Treffen der AKL Göttingen

Freitag, 15. Januar, 19.00 Uhr bei Arbeit & Leben, Lange Geismar Straße 72 – 73

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de **OV**

Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow
Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333
E-Mail: akiraki8@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann
ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 24 – Dezember 2015

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 108

EDITORIAL

Die letzte Kreistagssitzung des Jahres beinhaltete viele Formalia und wäre trotz Verabschiedung des Haushalts für das kommende Jahr eine langweilige Veranstaltung geworden, wenn nicht DIE LINKE die Debatte mit ihren Anträgen belebt hätte.

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 7 – Übernahme der Hann. Mündener Krankenhäuser in die öffentliche Hand

Der Prüfantrag unserer Fraktion beinhaltete die Anregung, sich zunächst grundsätzlich für eine öffentliche Trägerschaft auszusprechen, um zudem die Verwaltung damit zu beauftragen, zu prüfen, auf welchem Wege dies umgesetzt werden kann. Angeregt wurde nicht nur eine Übernahme durch den Landkreis, sondern auch eine Kooperation mit anderen öffentlichen Strukturen, wie etwa dem Land Niedersachsen. Ferner sollte die Landesregierung aufgefordert werden, dieses Vorhaben zu unterstützen und den Erhalt der Krankenhausversorgung in Hann. Münden mit dem kompletten Angebot zu erhalten und im Landeskrankenhausplan festzuschreiben.

Eckhard Fascher betonte in seiner Rede, man müsse den Eindruck haben, es gehe überhaupt nicht mehr um Menschen, sondern nur noch um Wirtschaftlichkeit und wies auch auf den offenen Brief des Mündener Bürgermeisters hin, in dem dieser seine Sorge geäußert hatte, dass eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Krankenhausversorgung stark gefährdet sei und Massenentlassungen von Krankenhausmitarbeitern unmittelbar bevorstehen, weil die „ordnende Hand der Politik“ fehle.

Die Redner der übrigen Fraktionen, mit Ausnahme der SPD, schienen den Ernst der Lage durchaus erkannt zu haben, Martin Worbes von den Grünen räumte ein, die Pläne, die 2012 beschlossen wurden, seien nicht aufgegangen und Dietmar Ehbrecht von der FWLG meinte, der Antrag der LINKEN gehe „in die richtige Richtung“ und teilte unsere Meinung, Profitorientierung dürfe keinen Vorrang vor der Versorgung der Bevölkerung haben.

Für die SPD ging zunächst der unvermeidliche Ronald Schminke in die Bütt und polterte mit rotem Kopf herum, der Antrag der LINKEN sei „zynisch“ und „beschädige“ den Krankenhausstandort Münden, räumte aber ein, „es werden sicherlich viele Arbeitsplätze wegfallen“.

Schminke bekam anschließend vom Landrat Reuter „Lob für seinen Einsatz“. Reuter schoss sodann den Vogel des Tages ab mit der Behauptung, der Antrag der LINKEN „gefährde“ den Krankenhausstandort Münden (!). Durch ihn werde „der Stadt und den Beschäftigten“ „geschadet“. Überdies habe „Krankenhausversorgung immer mehr mit Markt zu tun“, wie er unkritisch bemerkte.

➔ Nachdem unser Antrag Stimmung in den Saal gebracht hatte, wurde er in den Ausschuss für Finanzen und öffentliche Einrichtungen überwiesen.

TOP 12 – Kosten der Unterkunft anpassen

DIE LINKE hatte zur vorigen Kreistagssitzung beantragt, die Obergrenzen für die Kosten der Unterkunft für Leistungsempfänger nach SGB II und XII zum 1. Januar entsprechend der dann geltenden neuen Wohngeldtabelle anzupassen. Andreas Gemmecke wies darauf hin, dass der Kreistag hierbei nur vorwegnimmt, was die Sozialgerichte in Zukunft ohnehin entscheiden werden – bisher wurden alle „schlüssigen Konzepte“ von den Gerichten als unschlüssig verworfen, merkte Eckhard Fascher an.

Sozialdezernent Riethig (SPD) machte den Antrag zur Chefsache und äußerte, bei 80 Prozent der Neuanträge würden die KdU ohnehin nicht beanstandet (wobei es *uns* ja um die übrigen 20 Prozent geht). Zudem gebe es „keine Zwangsumzüge“, keinen „unmittelbaren Zwang“. Auf den mittelbaren Zwang, der dadurch entsteht, dass Betroffene die Differenz aus dem spärlichen Regelsatz zahlen müssen, was kaum zu leisten ist, ging er aber nicht ein.

Dietmar Linne von den Grünen räumte zumindest ein, es gebe im Bereich KdU einen „grundlegenden Systemfehler“, wodurch bei kleinen Wohnungen zum Teil extreme Quadratmeterpreise entstehen.

Insgesamt wurde von den neoliberalen Parteien jedoch unisono die Meinung vertreten, eine Anhebung würde nur zu steigenden Mieten führen – es gelten nun mal die Gesetze des Marktes und nicht die der Politik – was zu erwarteten Ablehnung unseres Antrages führte.

TOP 14 – Haushalt 2016

Diesmal stimmten alle Parteien bis auf die LINKEN und der FDP-Vertreterin für den „historischen“ Haushalt. Als problematisch sah Eckhard Fascher an, dass unter den Handlungsschwerpunkten und Produktzielen weder eine neue IGS noch beim ÖPNV eine bessere Anbindung der Fläche geplant ist. Mehrere Anträge der LINKEN zur auskömmlichen Finanzierung der Frauenberatungsstellen, für einen Zuschuss zu einer Personalstelle der Zwangsarbeiterausstellung und zur Förderung des KAZ sowie zur Erhöhung der Jagdsteuer waren abgelehnt worden.

Bemängelt wurde auch die Praxis bei der KdU und die Umsetzung von Hartz IV, das den Betroffenen bei immer größerem Druck kaum noch sinnvolle Fortbildungsmaßnahmen und keine Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Ständige Entscheidungen gegen die Betroffenen führten zudem zur Beschäftigung teurer Juristen oder gar zur Auslagerung an eine Anwaltskanzlei.

Es fand auch die Zustimmung der LINKEN, dass aufgrund der Flüchtlingssituation Mittel und Stellen aufgestockt wurden. Dennoch teilte diese den Stellenplan betreffend die Einwände des Personalrates, der auch diesmal das Benehmen nicht hergestellt hatte und vor allem die Befristung von Stellen gerade im Flüchtlingsbereich bemängelte. Ein Antrag zur Höhergruppierung der Reinigungskräfte wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

TOP 28 – Einrichtung einer IGS in Dransfeld

Unser Antrag zur Einrichtung einer IGS in Dransfeld wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Zu den Hintergründen: Vgl. GöBlä, S.1 Gesamtschulen in Göttingen JA, aber nicht im Westkreis

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

Folgende Erklärung zu der Loslösung der Ratsfraktion von der Göttinger Linken wurde vom Kreissprecherrat der Partei am 2.12. 2015 herausgegeben. Bei der Kreismitgliederversammlung am 7.12.2015 wurde diese Erklärung mit großer Mehrheit als Beschluss gefasst:

► Wir lassen uns nicht spalten – wir sind alle Antifaschisten

Der Kreissprecher*innenrat der Partei DIE LINKE.Göttingen/Osterode ist entsetzt über die Mitteilung der örtlichen Presse vom 28.11.2015, dass die Ratsfraktion der ‚Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke‘ sich von ihrer Basis getrennt hat und zukünftig nun als ‚Antifaschistische Linke-Ratsfraktion Göttingen‘ im Rat der Stadt Göttingen wirken will. Dazu nimmt der Kreissprecher*innenrat des Kreisverbandes DIE LINKE.Göttingen/Osterode wie folgt Stellung:

Alle Bündnispartner der Wähler*innengemeinschaft, also auch der Kreissprecher*innenrat von DIE LINKE.Göttingen/Osterode haben von dieser Trennung aus der Presse erfahren. Eine persönliche Mitteilung oder ein Gespräch über die Absichten fand nicht statt.

Das ist nicht unser Politik-Stil und widerstrebt unserem demokratischen Selbstverständnis.

Die Entscheidung der Ratsherren ändert nichts am Beschluss der Kreismitgliederversammlung von DIE LINKE.Göttingen/Osterode über die Fortsetzung des Bündnisses zur Kommunalwahl 2016.

Der im Göttinger Tageblatt vom 29.11.15 angegebene Grund, dass die Kritik an Aussagen der Fraktion zur aktuellen Flüchtlingspolitik der Stadt Göttingen nicht gerechtfertigt und überzogen sei, kann nicht akzeptiert werden. Jeder demokratisch gewählte Volksvertreter muss in der Lage sein, bei kritischen Nachfragen seitens der Öffentlichkeit sowie der Mitglieder der Wähler*innengemeinschaft seine Begründung abzugeben und di-

ese auch zu rechtfertigen. Ohne diesen notwendigen Dialog mit der Basis zu führen, diese gleichzeitig vor vollendete Tatsachen zu stellen, lässt den Anschein zu, dass die betroffenen Ratsherrn sich für sich selbst mehr interessieren als für die Menschen, die sie gewählt haben. Wer in solchen Fällen nicht dialogfähig ist, sollte eher sein Mandat zurückgeben, als in der Folge die antifaschistischen Kräfte in der Stadt zu spalten und das unter einem Label, welches eine Alleinstellung fälschlicherweise suggeriert. Wir alle sind Antifaschisten!

Demokratie ist anstrengend und fordert uns alle. Wir setzen auf Dialog anstatt auf Spaltung und elitäres Gehabe.

Wir als ‚Linke‘ in Göttingen vertrauen keinen Kräften mehr, die anscheinend abgehoben von jeglicher Basis gewohnt sind, einsame Entscheidungen nach Gutsherrn-Art zu fällen und sich nun als Besitzer von Wahrheit und Wahrhaftigkeit geben.

Kritikfähigkeit gehört zur politischen Kultur wie die Luft zum Atmen. Daher ist die getroffene Entscheidung für uns nicht akzeptabel.

Wir bitten die Ratsherren, ihren Entschluss nochmals zu überdenken und sich einer Diskussion über ihre Entscheidung bei einer der nächsten Mitgliederversammlungen sowohl der Wähler*innengemeinschaft als auch der Partei DIE LINKE. zu stellen.

Die ‚Linken‘ in Göttingen lassen sich nicht spalten, wir sind alle Antifaschisten!

Gemeinsame Pressemitteilung GöLinke und DIE LINKE. KV Göttingen zu Zeiss Göttingen:

► Geschäftsleitung baut einerseits massiv Stellen ab und fordert andererseits Überstunden

Wenn die Situation nicht so ernst wäre, könnte man meinen, die Geschäftsleitung von Zeiss Microscopy Göttingen wäre leicht verwirrt und desorientiert. Da wollen sie einerseits über 400 MitarbeiterInnen entlassen und den Standort Göttingen faktisch „platt machen“. Andererseits fordern sie die Beschäftigten auf, sich für die nächsten sechs Monate für Überstunden bis in den Bereich einer 45-Stunden-Woche und Samstagsarbeit bereit zu stellen. „Man befinde sich in einer Notsituation“, so die Geschäftsleitung. Und wenn der Betriebsrat, bzw. die Belegschaft nicht mitziehe, sei mit ernsthaften Konsequenzen zu rechnen. Wenn man sich den

Gewinn nach Steuern anschaut sowie die Auftragslage analysiert, dann wird selbst einem Laien klar, dass eigentlich nur durch Neueinstellungen von Personal weitere Gewinnsteigerungen zu erzielen sind.

Aber was sind das dann für Signale, die von der Geschäftsleitung ausgesendet werden? Einerseits angebliche Kosteneinsparungen durch Wegrationalisieren vieler Arbeitsstellen und ganzer Standorte und andererseits Druck auf die Belegschaft, sich noch mehr Arbeitsverdichtung, Arbeitszeitverlängerung etc. auszusetzen. Gut, dass schon über

Wähler/innengemeinschaft
Göttinger Linke

DIE LINKE.

17.000 Menschen durch ihre Solidaritätsunterschriften für die Arbeitsplatzsicherung und die Erhaltung des Standortes Göttingen den Kolleginnen und Kollegen den Rücken gestärkt haben. Gut, dass sich die MitarbeiterInnen, der Betriebsrat und die IG-Metall am Mittwoch, den 09.12. auf zur Hauptgeschäftsstelle nach Oberkochen machen, um gegen das Kahlschlagskonzept der Geschäftsleitung erneut ihren Widerstand zu zeigen. Wir als Göttinger Linke sollten dabei nicht nur Zaungäste bleiben, sondern die Kolleginnen und Kollegen in ihren berechtigten Forderungen in der Öffentlichkeit aktiv unterstützen.

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

► Kreismitgliederversammlung am 7. Dezember 2015

Im Mittelpunkt der von mehr als dreißig Genossinnen und Genossen besuchten Kreismitgliederversammlung am 7. Dezember stand die Loslösung der Göttinger Stadtratsfraktion von der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke und damit auch faktisch von der Partei sowie der Wahl der Delegierten zum Landesparteitag.

Mit deutlicher Mehrheit bekräftigte die Versammlung die Erklärung des Kreissprecher*innenrates vom 2.12. zur Loslösung der Stadtratsfraktion von der Göttinger Linken. In der durchweg sachlich geführten Debatte zeigte eine Mehrheit der Teilnehmenden kein Verständnis für deren Schritt. Bemängelt wurde vor allem die fehlende Dialogbereitschaft und die fehlende Kritikfähigkeit der Ratsherren, insbesondere von Patrick Humke, der bereits vor zwei Jahren von der Mitgliederversammlung der Göttinger Linken zum Rücktritt aufgefordert worden war. Auch stieß es auf großes Befremden, dass man sich des Namens „Antifaschistische Linke“ und des Emblems der Antifaschistischen

Linken International (ALI) bemächtigt hat, ohne mit diesen Rücksprache zu halten.

Einige Genossinnen und Genossen forderten dagegen eine selbstkritische Haltung im Kreisverband und kritisierten den früheren Umgang mit der Ratsfraktion und der Person Patrick Humke.

In der Diskussion zeigte sich deutlich, dass jetzt die kommende Kommunalwahl ins Visier genommen werden muss und die Versammlungsteilnehmer dies gemeinsam für die Kreistagswahl und die Stadtratswahl angehen wollen.

Leider gibt es noch keine Unterlagen für den Landesparteitag am 13. Februar. Unter anderem soll ein kommunales Rahmenwahlprogramm für die Kommunalwahl am 11. September nächsten Jahres beschlossen werden. Dieses wird aus insgesamt 23 Bausteinen, also Programmpunkten, bestehen und etwa zwanzig Seiten umfassen. Damit soll es deutlich kürzer sein als das bisherige Programm. Neben dem letzten Programm werden vor allem die Kommunalpolitischen Eckpunkte aus Hessen, die am 10. Oktober vom dortigen

Landesparteitag beschlossen worden sind, als Anregungen dienen. Erarbeitet wird es von einer Programmkommission, bestehend aus den Landesvorsitzenden, Vertretern des LINKEN Kommunalpolitischen Forums Niedersachsen (LKFN) Vertretern, weiteren erfahrenen Kommunalpolitikern und dem Jugendverband solid, der als Göttinger und LKFN-Vertreter Eckhard Fascher angehört.

Auf der nächsten Kreismitgliederversammlung am 3. Februar soll dann der Landesparteitag inhaltlich vorbereitet werden.

Bei der Wahl der Parteitagsdelegierten kandidierten erfreulicherweise genügend Genossinnen, so dass die Einhaltung der Mindestquotierung gewährleistet werden konnte.

Es wurden folgende Genossinnen gewählt:

- Doreen Bethe (geb. Wohlrab)
- Meike Brunken
- Sabine Lösing
- Julia Niekamp
- Sabrina Vache

Ersatzdelegierte sind: Stine Rummel-Strebelow und Britta Schmerling

Delegierte sind folgende Genossen:

- Eckhard Fascher
- Christoph Filler
- Michael Kaufmann
- Rasmus Schad
- Peter Strathmann

Folgende Genossen sind Ersatzdelegierte: Jo Bons, Wolfgang Krumbein, und Edgar Schu. ef

► Antwort zum offenen Brief des Bürgermeisters Hann. Münden an Sozialministerin Rundt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wege-
ner,

als Ratsfrau der Mündener LINKEN, die sich für die Kommunalisierung der Mündener Krankenhäuser einsetzt, und als betroffene Krankenschwester vom KHM teilen wir die von Ihnen beschriebenen „Zweifel“ des „Netzwerks“, der Beschäftigten und der Mündener Bevölkerung daran, dass bei den aktuellen Verkaufsverhandlungen mit dem privaten Interessenten eine „bedarfsgerechte Versorgung“ und die „Fortführung des Leistungsangebotes“ nicht „primär verfolgt“ werden.

Die bei den Betriebsversammlungen vom 18.11. bekannt gewordenen Forderungen des Investors sehen den Abbau von mehr als 150 Vollzeitstellen (einschließ-

lich Bad Münden), davon jedoch am stärksten betroffen die Krankenhäuser in Hann. Münden, vor. Auch der Verzicht auf Tarifleistungen steht auf dem Plan. Mit einem derartigen Aderlass und dem überstürzten Umzug werden die bedrohten Kliniken nicht gerettet, sondern weiter geschwächt.

Wir begrüßen daher die Ankündigung der „Netzwerksitzung vom 23. November“, dem gesetzlichen Anspruch der Bevölkerung auf eine wohnortnahe Regelversorgung durch politische Initiativen auch gegenüber der Landesregierung Nachdruck zu verleihen. Dazu gehört ihre Verpflichtung, die Krankenhäuser in öffentliche Trägerschaft zu übernehmen, wenn private Anbieter wegen ihrer Renditeziele dazu offensichtlich nicht in der Lage sind.

DIE LINKE.

im Rat der Stadt Hann. Münden
Kirsten Klein - Ratsfrau

Wir schlagen vor, die zuständige Ministerin spätestens im Januar zu einer öffentlichen Bürgerversammlung einzuladen, um zu den Fragen des Offenen Briefes und zu folgenden Forderungen Stellung zu nehmen, die von 30 KollegInnen am KHM unterstützt werden:

„Die UnterzeichnerInnen solidarisieren sich mit den Forderungen der Beschäftigten nach Erhalt aller Arbeitsplätze ohne Lohneinbußen an den insolventen Kliniken von Hann. Münden, um eine wohnortnahe und angemessene Gesundheitsversorgung in öffentlicher Trägerschaft zu gewährleisten.“ (kk, bh)

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.



Filmfreunde Grone

Die Filmfreunde Grone suchen Menschen die Interesse haben uns bei den Aufführungen des Winterkinos und darüber hinaus zu unterstützen, gerne auch mit technischem Interesse zur Bedienung der Technik (Beameraufbau usw.)

Kontakt über die GroBiAn'e



Das Winterkino Grone zeigt **„Horizonte erweitern!...“**

16. Oktober 2015

**Monsieur Claude
und seine Töchter**

20. November

Rhythm is it

18. Dezember

Könige der Nutzholzgewinnung

15. Januar 2016

Willkommen bei den Sch'ties

19. Februar

**Mr. May und das
Flüstern der Ewigkeit**

18. März

Salami Aleikum

in der Jona Gemeinde
(Eingang neben der „Schreibwarenecke“)

ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr

Eintritt 1 € (für Verzehrbon)

Es werden Speisen und Getränke angeboten

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

Sprecher*innenkreis der Göttinger Linken spricht sich grundsätzlich für die Ausschreibung von Stellen für Wahlbeamtinnen und -beamte aus

Mit Überraschung reagiert der Sprecher_innenkreis der Göttinger Linken auf die vorschnelle und völlig unnötige Festlegung des Fraktionsvorsitzenden der Ratsfraktion der Göttinger Linken zur Wiederwahl der Sozialdezernentin Dr. Schlapeit-Beck.

Grundsätzlich plädiert der Sprecher_innenkreis dafür, dass solche hochdotierten und mindestens auf sechs Jahre, (häufig sogar auch länger) festgelegten Stellen ausgeschrieben werden. Zudem wissen alle Beteiligten, dass diese Stellen ausschließlich zwischen den drei großen Rathausfraktionen aufgeteilt und ausgehandelt werden. Fraktionen wie die Göttinger Linke oder die Piraten hatten und haben dabei keinerlei wirkliche Mitwirkungsmöglichkeit.

Deshalb ist es um so verwunderlich, dass sich Patrick Humke in einer Situation, wo selbst die ausschließlich entscheidenden Fraktionen sich noch völlig bedeckt halten so definitiv festlegt. Hinzu kommt, dass seine Positionierung in keinem Gremium der Göttinger Linken – nach unserem Kenntnisstand auch nicht in der Ratsfraktion – thematisiert, geschweige denn diskutiert und abgestimmt worden ist. Es handelt sich also ausschließlich um eine persönliche Meinungsäußerung, die vom gewählten Sprecher_innenkreis der Göttinger Linken in keiner Weise geteilt wird.

Leserbrief an das Göttinger Tageblatt zu dem Artikel vom 28.11.15:

► **„Gö-Linke brechen mit Basis“**

von Bärbel Safieh, Süntelweg 16, 37081 Göttingen am 01.12.15

Als Wählerin und seit kurzem auch parteiloses Mitglied der GöLinken bin ich entsetzt, aus der Zeitung erfahren zu müssen, dass die Ratsmitglieder der WählerInnengemeinschaft jetzt unter neuem Namen und ohne Anbindung an ihre Basis agieren wollen. Aus meinem demokratischen Verständnis heraus hätte ich mir vorgestellt, dass so ein

weitreichender Entschluss auf einer Mitgliederversammlung vor der Veröffentlichung zumindest bekannt gegeben, besser noch diskutiert werden muss. Dies ist in keiner Weise geschehen. Die Ratsmitglieder verhalten sich damit aus meiner Sicht sehr undemokratisch und intransparent gegenüber den Mitgliedern und auch den WählerInnen.

Bärbel Safieh

Leserbrief zur Berichterstattung zur Umbenennung der Ratsfraktion der „Göttinger Linken“ in „Antifaschistische Linke“, GT vom 28.11.15

► **„Gö-Linke brechen mit Basis“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 1991 habe ich zunächst die Linke Liste Göttingen in ihrer sozialpolitischen und antifaschistischen Arbeit unterstützt, nach deren Umgründung bis zu meinem beruflich bedingten Umzug nach Berlin als damaliger stellvertretender Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Stadt Göttingen und aktiver verdi-Gewerkschafter das breite Bündnis ‚Wählergemeinschaft Göttinger Linke‘. Die Überschrift des GT druckt es klar und unmißverständlich aus: Auf der Liste der ‚Göttinger Linke‘

gewählte Ratsmitglieder brechen mit ihrer Mitglieder- und Wählerbasis und behalten ihre Mandate. Dies, obwohl die Mitgliederversammlung der GöLi den nach dem Rücktritt Gerd Nier's als neuen Fraktionsvorsitzenden bestimmten Humke bereits vor 2 Jahren unmissverständlich intern zur Niederlegung seines Mandates aufgefordert hatte, weil das Vertrauen schon damals zerstört war. Er lehnte dies ab und behielt das Mandat und damit seine öffentliche Wirkungsmöglichkeit als Ratsherr. Mit der Umbenennung schafft er sich nun in Form einer „eigenen Liste“

Ich nehme seit ca. einem Jahr mit großem Interesse am kommunalpolitischen Arbeitskreis der GöLinken teil und erlebe die dortige Zusammenarbeit als sehr informativ und konstruktiv. Die Ratsmitglieder, die sich jetzt über mangelnde Zusammenarbeit beklagen, habe ich dort so gut wie nie angetroffen. Auch der kommunalpolitischen Konferenz im Oktober, die eine Gelegenheit zur Aussprache gewesen wäre, sind alle fern geblieben.

Besonders ärgerlich finde ich daher die öffentliche Verunglimpfung der WählerInnengemeinschaft mit Kritikpunkten, die den Mandatsträger selber vorzuwerfen sind. Deshalb sollten diese ihre Mandate abgeben, damit die Anliegen der WählerInnen der GöLinken angemessen im Rat der Stadt Göttingen vertreten werden können.

ein neues Spielzeug, dass mit dem gesellschaftlich zu Recht sehr anerkannten Begriff des Antifaschismus wirbt. Dieser Versuch, öffentlichkeitswirksam in eigener Sache und zu Lasten der früheren Basis tätig zu bleiben, wird scheitern. Entweder endet er in Sektierertum oder die neue Fraktion dient sich im Rat um kleiner Erfolge willen dem Schlapet-Beck Flügel der SPD als Wurmfortsatz an. Die beiden anderen Ratsmitglieder haben im wesentlichen keine eigenständigen Positionen erarbeitet und vertreten. Für alle gilt das Sprichwort: Reisende soll man nicht aufhalten.

Mit freundlichen Grüßen

*Rüdiger Deissler, früher Göttingen (bis 2013)
 Leibnizstraße 74
 10625 Berlin*

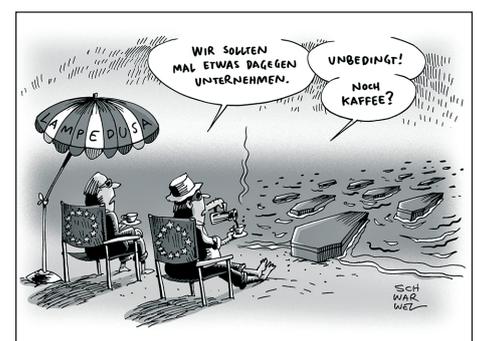
(... Fortsetzung von Seite 5)

Vielmehr sind die Niederlagen einer kleinen Gruppe um Patrick Humke herum bei Abstimmungen in der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke und der Partei DIE LINKE der Grund dafür, dass diese Personen jetzt der Basis den Rücken zukehren. Diese Ratsmitglieder wollen sich verselbständigen, weil sie vermutlich nicht mehr als Kandidaten zur Kommunalwahl 2016 aufgestellt worden wären. Dies sollten die WählerInnen bedenken, wenn

diese Ratsmitglieder sich in Zukunft als eigene Gruppierung bei der Kommunalwahl 2016 zur Wahl stellen wollen.

Der SprecherInnenkreis der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linken bedauert die Entwicklung und missbilligt das Verhalten der Fraktionsmitglieder. Er ist sich aber gleichzeitig sicher, dass die WählerInnengemeinschaft mit einem überzeugenden Wahlprogramm sowie guten Kandidatinnen und Kandidaten für die kommende Ratswahl gut aufgestellt sein wird.

Karikatur des Monats:



► Gesamtschulen in Göttingen JA, aber nicht im Westkreis

In Göttingen hat sich schulpolitisch 2015 viel bewegt: Zum Schuljahresbeginn gibt es für die Fünftklässler keine Haupt- und Realschulen mehr in Göttingen. Stadt und Altkreis Göttingen sind ein Schulbezirk. Sämtliche dort lebenden Kinder, deren Eltern dies wünschen, können eine Gesamtschule besuchen. Mit dem ausdrücklichen Segen des Landes werden Haupt- und Realschulen in Göttingen auslaufen. In den Räumen der auslaufenden Voigt-Realschule in Weende wird eine neue vierzügige IGS errichtet. Die frühere KGS in der Weststadt war schon zuvor in eine IGS umgewandelt worden. Für das Stadtgebiet Göttingen gibt es jetzt drei IGS plus eine in Bovenden, die auch von Schülern aus der Stadt abgewählt werden kann. Als Alternative für standesbewusste Eltern existieren auch weiterhin fünf Gymnasien. Auch für Göttinger Freunde des dreigliedrigen Schulsystems, deren Kinder nur an Haupt- und Realschulen gehen sollen, ist die so genannte Oberschule mit gymnasialen Angebot (ein Produkt der alten CDU-Landesregierung, vergleichbar mit der KGS) in Groß-Schneen vorgesehen. Hier bewegt sich die Zahl der Göttinger Fünftklässler allerdings im einstelligen Bereich. Die traditionellen Haupt- und Realschulen sind aus Göttingen und seinem Umland weitgehend verschwunden. Aus Sicht der Göttinger Linken stellt dies natürlich eine positive Entwicklung dar, die man sich vor zehn Jahren hätte noch nicht vorstellen können. Sicherlich ist diese Entwicklung auch durch die neue Landesregierung beflügelt worden, die die Hürden zur Errichtung einer IGS massiv abgesenkt hatte.

Anders sieht es außerhalb der Stadtgrenzen aus. Die Rosdorfer Hauptschule ist seit 2013 geschlossen, die Haupt- und Realschule in Adelebsen seit letzten Sommer. Kinder aus beiden Gemeinden können auch Göttinger Schulen besuchen.

Im Eichsfeld gibt es in Gieboldehausen eine KGS ohne Oberstufe. Die Schule hätte gerne eine, wofür Verwaltung SPD, CDU und Grüne anders als LINKE und Freie Wähler keine Notwendigkeit sehen. In Duderstadt dominiert das dreigliedrige Schulsystem mit Ausnahme einer ausgerechnet von der katholischen Kirche getragenen immerhin durchschnittlich dreizügigen IGS.

Kinder aus den Samtgemeinden Radolfshausen und Dransfeld können jetzt Göttinger Schulen besuchen. In Dransfeld gibt es seit 2013 eine Oberschule ohne gymnasiales Angebot, vorher und noch immer gibt es eine auslaufende Haupt- und Realschule. Fragt sich nur noch wie lange? In der Gemeinde gibt es um die 70 Grundschüler, wovon ab Klasse 5 der etwas größere Teil Schulen in Göttingen und Hann. Münden besucht. Etwa vierzig Schüler, inklusiver einiger aus der Nachbargemeinde Adelebsen ergibt dies derzeit für einen Jahrgang der Oberschule.

Frühere Versuche, eine gemeinsame IGS für Adelebsen und Dransfeld zu bilden, scheiterten ebenso wie ein Antrag der LINKEN bei der letzten Kreistagsitzung für 2017 eine IGS Dransfeld zu errichten. Vor allem für die SPD scheint das Thema mit der Öffnung der Göttinger Schulen für Dransfelder Kinder erledigt zu sein. Man fürchtet sich vor allem vor

der Mündener Lobby der Dreigliedrigkeit. Gerade aufgrund der Attraktivität von Göttinger Schulen müsste der Landkreis schnellstens mit der Einrichtung von Gesamtschulen nachziehen, auch um ein weiteres Sterben von Schulstandorten zu verhindern. Dabei ignorieren die Dransfelder Kreistagsabgeordneten der anderen Samtgemeinderatsparteien auch ihren einstimmigen Beschluss vom Oktober 2013 wonach der Samtgemeindebürgermeister beauftragt wurde, sich mit „allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln beim Landkreis für einen Gesamtschulstandort in Dransfeld einzusetzen.“

In Hann. Münden scheiterte 2012 der Versuch, eine IGS einzurichten daran, dass sich nicht genügend Eltern für eine IGS Münden aussprachen. Das örtliche Gymnasium, Haupt- und Realschulen und der SPD-Landtagsabgeordnete Roland Schminke hatten hier heftigen Widerstand geleistet. Immerhin hatten sich trotz dieser Stimmungsmache sowohl in Hann. Münden als auch in Dransfeld mehr Eltern für einen Besuch ihres Kindes an einer IGS als an einer Schule des dreigliedrigen Schulsystems ausgesprochen.

In Hann. Münden scheinen die Uhren tatsächlich deutlich anders zu gehen als in Göttingen. Während in Göttingen und seinem Umland Haupt- und Realschulen keine Zukunft mehr zugebilligt wird und die beispielsweise die Einrichtung einer IGS Bovenden damals von einem breiten Konsens in der dortigen Kommunalpolitik getragen wurde und die damalige Haupt- und Realschule selbst, eine IGS Bovenden wollte, sieht dies in Münden völlig anders aus. Nicht nur das von der Schwester des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Hartwig Fischer Heidrun Korsch geleitete Gymnasium, sondern auch Haupt- und Realschulen verteidigen ihre Existenz mit allen Mitteln und halten weiterhin das dreigliedrige Schulsystem für ideal. Dabei werden sie vom größten Teil der Mündener Kommunalpolitik unterstützt bis hin zu den wichtigsten SPD-Politikern.

Offensichtlich reicht dies auch aus, um Veränderungen nicht nur in Münden, sondern auch in Dransfeld zu blockieren. Auch die Einrichtung und Verteidigung der dortigen Oberschule muss unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden. Dabei bleibt der Wunsch vieler Eltern nach Veränderung auf der Strecke. Aber bald sind Kommunalwahlen und es gibt ja noch DIE LINKE, die sich für Gesamtschulen in Hann. Münden und Dransfeld einsetzt.

